



Interviews

Datum: 02. Januar 2023

Ruprecht Polenz, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Am Telefon ist jetzt Ruprecht Polenz, langjähriger Außen- und Sicherheitsexperte der CDU und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Das ist ein überparteilicher, gemeinnütziger Verein, der nach eigenen Angaben eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt erhält. Schönen guten Morgen, Herr Polenz.

Ruprecht Polenz: Einen schönen guten Morgen.

Schmidt-Mattern: Der Begriff des Angriffskriegs auf die Ukraine oder der Beginn, der liegt bald ein Jahr zurück. Die bisherige deutsche Russlandpolitik ist ja seitdem, kann man sagen, vom Kopf auf die Füße gestellt. Sehen Sie denn jetzt nach einem Jahr Ansätze für eine neue Russlandstrategie in Berlin?

Polenz: Im Grunde verbal ja. Mit der Rede von der Zeitenwende hat der Bundeskanzler deutlich gemacht, dass sich die Dinge mit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar grundlegend verändert haben. Aber dieser Rede sind in vielen Bereichen noch nicht die notwendigen Taten gefolgt. Insbesondere, wenn es um die militärische Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen geht, mit Munition geht, damit sie sich selbst verteidigen kann, aber auch, wenn es darum geht, die deutsche Rolle im NATO-Bündnis so auch militärisch abzusichern, dass die Bundeswehr wirksame Beiträge leisten kann. Dafür hatte Scholz ja das Sonderprogramm von 100 Milliarden in dieser Zeitenwenderede in Aussicht gestellt. Davon ist auch noch nicht viel zu sehen. Also, da bleibt viel zu tun, um den Worten Taten folgen zu lassen.

Schmidt-Mattern: Sie verharren jetzt auch, wie viele Fachleute das in diesen Zeiten tun, sehr auf der militärischen Ebene, aber eine Strategie, gerade eine politische Strategie umfasst ja an und für sich viel mehr. Was muss denn über diese Debatte hinaus, um mehr Waffen und die Einhaltung des 2-Prozent-Ziels, was muss darüber hinaus passieren, um mit Moskau ...

Polenz: Natürlich ... ja, natürlich geht es darum, jeden möglichen Druck, auch diplomatischen Druck beispielsweise, auf Russland zu entfalten. Wir haben bei den Abstimmungen in den Vereinten Nationen gesehen, dass 141 Staaten – das ist eine riesengroße Zahl – der 192 Staaten auf der Welt den russischen Überfall auf die Ukraine verurteilen. Aber wir haben eben auch gesehen, dass große Staaten, wie Indien, wie China beispielsweise, sich da bei der Stimme enthalten haben. Und auch afrikanische Staaten waren bei den Enthaltungen dabei. Und hier hat die Bundesregierung zusammen mit den Verbündeten in den vergangenen Monaten viel versucht, um deren Haltung auch dazu zu bringen, auf Russland Druck auszu-

üben, damit Putin – und das könnte er heute machen – den Krieg gegen die Ukraine beendet. Aber diese Bemühungen müssen fortgesetzt werden. Und natürlich gehe es auch um wirtschaftliche Druckmittel. Es sind viele Sanktionen gegen Russland verhängt worden, manche nur lückenhaft umgesetzt. Daran muss auch weiter gearbeitet werden.

Schmidt-Mattern: Wir haben es bei Wladimir Putin mit einem Nationalisten, mit einem Ideologen zu tun. Was bedeutet das denn für die Kommunikation mit dem Kreml-Chef? Müssen wir uns darauf nicht auch im Dialog, wenn wir im Gespräch bleiben wollen, darauf einstellen, darauf eventuell auch Rücksicht nehmen, die Kommunikation anzupassen?

Polenz: Ja, auch zu einem Gespräch gehören zwei. Und Putin hat klar erkennen lassen: Er verhandelt nicht. Er will seine Kriegsziele militärisch durchsetzen. Das Einzige, was ihn sozusagen jetzt zu einem Ende bringen könnte, wäre eine Kapitulation der Ukraine. Und das wird nicht passieren, einfach auch deshalb, weil die Ukrainerinnen und Ukrainer ja gesehen haben, wie mit ihnen umgegangen wird in den von Russland besetzten Gebieten. Kinder wurden deportiert. Die Kriegsverbrechen in Butscha etc., etc. Und deshalb ist die Forderung, jetzt Gesprächskanäle offenzuhalten, eigentlich nicht eine an den Westen, sondern es geht darum, Putin klarzumachen: Er muss seine Politik ändern. Und solange das nicht passiert, sind auch Gespräche und Verhandlungen nicht möglich. Die Ukraine hatte ja sehr zu Beginn des Krieges ein ziemlich umfassendes Angebot für Gespräche gemacht. Das hat Russland abgelehnt.

Schmidt-Mattern: Ich möchte gerne noch mal einen Moment bei der Bundesregierung und in Berlin bleiben. Die Ampelkoalition hat sich eine Außenpolitik aus einem Guss vorgenommen. So steht es im Koalitionsvertrag. Und in Arbeit ist eine nationale Sicherheitsstrategie, die aber bisher nicht fertig ist. Da gibt es Streit innerhalb der Ampelparteien. Wie schwer wiegt das, wenn Berlin da so auf der Stelle tritt?

Polenz: Ja, das ist nicht gut, denn Deutschland ist ein sehr wichtiges Land in Europa. Andere Länder schauen darauf, welche Empfehlung für die Politik wir geben. Und wir sind selber noch sehr stark mit uns beschäftigt. Also, die Zeit drängt und ich habe schon den Eindruck, dass dieses Drängen der Zeit von manchen nicht richtig verstanden wird. Und natürlich ...

Schmidt-Mattern: Wen meinen Sie?

Polenz: Die nationale Sicherheitsstrategie muss in der Tat von der ganzen Bundesregierung umgesetzt werden. Es müssen aber auch die Länder einbezogen werden. Denn natürlich gehört Cyber-Sicherheit, gehört auch in gewisser Weise innere Sicherheit mit zu dieser nationalen Sicherheitsstrategie. Da tragen die Länder ganz wesentliche Verantwortung. Und bisher sind die Länder in diese Arbeiten an der Strategie gar nicht eingebunden.

Schmidt-Mattern: Ihre Gesellschaft unterhält viele Kontakte ja nach Osteuropa. Das steht ja schon im Namen Ihrer Gesellschaft. Was hören Sie denn zurzeit aus Russland? Welche Erwartungen, welche Forderungen gibt es?

Polenz: Also, die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde ist eine Gesellschaft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Slawisten, Historikern, Ökonomen usw., die sich mit den Ländern in der früheren Sowjetunion beschäftigen. Sie leiden schon länger darunter, dass ihre Kontakte nicht mehr so gepflegt werden können, wie das unter Wissenschaftler*innen notwendig wäre. Und seit einiger Zeit auch schon vor dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar waren die Bedingungen weiter verschärft worden. Etwa nur noch Treffen unter Aufsicht staatlicher Behörden beispielsweise. Und für viele ist das ein bitterer Einschnitt in langjährigste Forschungsbeziehungen, gute, kollegiale Beziehungen auch zu russischen Kolleginnen und Kollegen. Aber Fakt ist, dass erst mal diese Beziehungen, institutionell, zwischen Universitäten beispielsweise, sowieso zum Erliegen gekommen sind. Das ging auch gar nicht anders. Und worüber wir uns jetzt auch als DGO Sorgen machen und worum wir uns kümmern, ist, für die diejenigen Russinnen und Russen, die das Land auch jetzt aus politischen Gründen verlassen mussten, weil sie sich als Wissenschaftler so profiliert haben, dass sie jetzt große politische Schwierigkeiten haben, dass wir denen in Deutschland helfen, Fuß zu fassen und hier einigermaßen klarzukommen.

Schmidt-Mattern: Blicken wir noch mal auf die westliche Seite, auch auf die Debatte bei uns in Deutschland. Sie finden ja – Sie haben es eben auch schon ausführlich erläutert, Herr Polenz – derzeit kaum eine Expertin oder einen Fachmann, der Gesprächen mit Moskau eine Chance gibt. Als Argument wird ... eben unter anderem heißt es, dass das eher Wladimir Putin zu diesem Zeitpunkt in die Hände spielen würde, die Gesprächsoption stärker ins Gespräch zu bringen. Zugespitzt, zugegeben, kann man sagen, der Krieg ist derzeit alternativlos. Irritiert Sie diese Sichtweise?

Polenz: Nein, der Krieg hat jede Alternative. Ich sagte vorhin: Heute könnte Putin den Krieg beenden. Also, wenn wir sagen, der Krieg ist alternativlos, dann spiegelt die Formulierung die Haltung von Putin weiterzukämpfen, die Ukraine weiter zu überfallen, dort weiter zu töten und zu morden. Er kann ... er allein ist in Russland so stark, dass er den Krieg heute beenden könnte. Er tut es nicht, weil er – wie Sie richtig gesagt haben – aus ideologischen Gründen. Wiederherstellung von einem Großrussland, was aus dem Zarentum herkommt und wo er sich in einer Reihenfolge mit zaristischen Vorgängern sieht, daran hält er nach wie vor fest. Und er wird nur dann diese Haltung ändern, wenn er zu der Einsicht kommt, dass er militärisch nicht gewinnen kann. Das ist, glaube ich, die Quintessenz der sachlichen Beurteilung. Ich weiß, es ist schwierig. Man sagt ja immer, also, du musst ja zu Gesprächen bereit sein. Und da wäre meine Antwort: Der Westen ist, und die Ukrainer vor allen Dingen sind zu Gesprächen bereit, aber eben nicht zu den Bedingungen, zu denen Putin allenfalls bereit wäre, jetzt zu sprechen.

Schmidt-Mattern: Ich möchte Sie noch auf ein Zitat des britischen Historikers Ian Kershaw ansprechen, der der Süddeutschen Zeitung ein Interview gegeben hat und in diesem Interview von der Demütigung Russlands nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion spricht. Und Ian Kershaw vergleicht Russland da mit dem Deutschland der 1920er Jahre. Hat der Westen nach Ihrer Ansicht Russland in der Vergangenheit gedemütigt?

Polenz: Nein, das sehe ich ganz anders. Ich kann mich gut an die 90er Jahre erinnern, wo es in Russland schlecht ging, wo beispielsweise aus vielen deutschen Partnerstädten Lebensmitteltransporte nach Russland gingen aus Solidarität mit der russischen Bevölkerung. Russland ist in die G7 aufgenommen worden, in den Europarat. Es hat Verhandlungen gegeben, um ein umfangreiches Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union, was auch verabschiedet worden ist. Es gab die NATO-Russland-Grundakte, wo die NATO und Russland beide unterschrieben haben: Wir empfinden uns gegenseitig nicht länger als Feinde. Also, das ist eine Legende, die der Kreml gerne jetzt rückblickend so erzählt, um ein – in Anführungszeichen – Argument für die jetzige Vorgehensweise zu haben. Russland ist nicht gedemütigt worden, im Gegenteil. Alle haben gehofft und darauf gesetzt, dass Russland so auch, wie die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, versuchen wird und mit mehr Erfolg vor allen Dingen versuchen wird, auf einen Weg von Rechtsstaat und Demokratie zu kommen.

Schmidt-Mattern: Also, Herr Polenz, um das noch mal genauer zusammenzufassen. Auch Sie sehen auch in der deutschen Außenpolitik nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion keinen Fehler, den die deutsche Seite gemacht hätte oder eben die europäische, die westliche Seite?

Polenz: Die Fehler beginnen dann spätestens mit den 2000er Jahren, wo man hätte erkennen können und ab 2014 hätte erkennen müssen, dass Russland sich auf einen ganz anderen Kurs begeben hat, dass man eben nicht Richtung Rechtsstaat und Demokratie sich entwickelt, sondern die Opposition wurde unterdrückt. Und dann gilt der alte Satz: Repression nach innen führt über kurz oder lang zu Aggression nach außen. Das haben wir in Georgien gesehen. Das haben wir 2014 auf der Krim gesehen. Und da sind dann große Fehler gemacht worden, weil beispielsweise die Pipeline Nord Stream 2 noch nach dem Überfall auf die Krim ins Leben gerufen wurde, so, als sei da nichts passiert. Da waren die Fehler. Und das sollten wir, daraus sollten wir auch lernen.

Schmidt-Mattern: Zumal ja gerade die Pipeline-Problematik aktueller ist denn je. Ruprecht Polenz, Außen- und Sicherheitsexperte der CDU und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, vielen Dank für dieses Interview.

Polenz: Gerne und ein gutes neues Jahr.

Schmidt-Mattern: Wünsche ich Ihnen auch.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*